

Allgemeine Anträge

Antrag: A 01

Beschluss des Landesparteitages. Annahme

Thema: Teilhabe sichern – Kinderarmut begegnen

Für Investitionen in die soziale Infrastruktur und eine Reform der Familienförderung hin zur Kindergrundsicherung

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Nicht erst, aber spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Kinderregelsätzen nach dem SGB II und im Angesicht einer für ein hochentwickeltes Land skandalösen Kinderarmut¹ gehört die Familien- und Kinderförderung generell auf den Prüfstand.

Die SPD Sachsen macht sich daher folgende Grundüberlegungen zu eigen und entwickelt daraus gemeinsam mit gesellschaftlichen Bündnispartnern ein integriertes Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland:

1. Infrastruktur vor Erhöhung direkter Geldleistungen

Wir wollen lieber Lernmittelfreiheit und ein kostenfreies oder kostengünstiges Mittagessen in Kita und Schule, als ein allgemein höheres Kindergeld. Wir finanzieren lieber eine qualitativ gute und ausreichend angebotene frühkindliche Betreuung und Bildung, als dass wir in einen höheren Kinderfreibetrag investieren.

2. Kurzfristig: höhere, bedarfsgerechte Kinderregelsätze

Die SPD Dresden begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Regelsätze für Kinder auch endlich kindgerecht zu berechnen und fordert eine schnelle und transparente Neukalkulation der Kinderregelsätze im SGB II, die sich an den tatsächlichen Bedarfslagen orientiert und auch die Möglichkeit von Einmalzahlungen bei zentralen Anschaffungen einschließt.

3. Perspektive: Umstellung der Familienförderung hin zu einer Kindergrundsicherung

¹ In Deutschland lebt jedes zehnte Kind (10,2%) in relativer Armut. Zu diesen Ergebnissen kommt die internationale UNICEF-Vergleichsstudie „Child Poverty in Rich Countries 2005“. In Polen sind demgegenüber 12,7 % Kinder und Jugendliche von relativer Armut betroffen (UNICEF 2005, S. 4). In Deutschland, so zeigen die Ergebnisse der Studie weiter, ist die relative Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrienationen. Mit einer Zunahme der Kinderarmut um 2,7 Prozentpunkte liegt Deutschland im internationalen Vergleich auf Platz 18 von insgesamt 24 Industriestaaten.

Allgemeine Anträge

44
45 Höhere Kinderregelsätze alleine lösen die gravierenden Systemmängel unserer derzeitigen
46 Familienförderung nicht: Dieses System ist insgesamt sozial ungerecht, bürokratisch und
47 intransparent. Die SPD Sachsen schließt sich daher den Forderungen des Bündnis
48 Kindergrundsicherung an und engagiert sich für einen Systemwechsel in der
49 Familienförderung: eine Grundsicherung für alle Kinder. Diese Grundsicherung soll sowohl
50 das sächliche Existenzminimum von Kindern als auch den Bedarf für Bildung, Betreuung
51 und Erziehung abdecken, solange dieser nicht durch kostenfreie oder kostenermäßigte
52 öffentliche Angebote abgesichert ist.

53
54 Die neue Leistung soll alle bisherigen familienbezogenen Förderungen (Ehegattensplitting,
55 Kinderfreibetrag, Kindergeld) ersetzen und der Einkommensbesteuerung unterliegen. Sie
56 würde also bei steigendem Einkommen abschmelzen. Das macht sie im Gegensatz zu
57 Kindergelderhöhungen und Erhöhungen des Kinderfreibetrags sozial gerecht.

58
59
60 **4. Wir spielen Infrastruktur nicht gegen direkte Leistungen aus und führen die**
61 **Wertedebatte**

62
63 Für Sozialdemokraten ist klar: materielle Not führt selbst dann zu gesellschaftlicher
64 Ausgrenzung, verringerten Bildungschancen und gesundheitlichen Problemen, wenn eine
65 kostenfreie Infrastruktur in Bildung und Freizeit vorhanden ist. Mit Armut verbundene
66 existentielle Sorgen und Ängste - eigene und die der Eltern - prägen das kindliche
67 Aufwachsen dennoch, genauso wie der konkrete materielle Verzicht. Sie vermitteln das
68 Gefühl der Perspektivlosigkeit und schwächen den Unterstützungsraum Familie. Wir spielen
69 deshalb Investitionen in Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur nicht gegen direkte Leistungen
70 aus. Nötig sind auch Überlegungen zu einem gezielten Einsatz von Ressourcen –
71 beispielsweise bei der Bevorzugung von Einrichtungssanierungen in sozial schwächeren
72 Stadtteilen.

73
74 Zusätzlich zur materiellen und infrastrukturellen Situation für Kinder in unserem Land,
75 werden sich viele Kinder weiterhin Tendenzen zur gesellschaftlichen Abgrenzung (Habitus,
76 Kleiderregeln, Orientierung zu Privatschulen) gegenübersehen. Einzelne Gruppen und
77 Schichten werden neue Aufstiegshürden zu errichten versuchen; haben dies bereits getan
78 bzw. nie unterlassen. Nötig ist und bleibt deshalb auch die gesellschaftliche Wertedebatte,
79 an denen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns deutlich beteiligen müssen.
80 Wir werden gemeinsam mit gesellschaftlichen Bündnispartnern beharrlich auf ein
81 verändertes gesellschaftliches Klima hinwirken, um eine offene Gesellschaft zu schaffen.

82
83
84 **5. Alleinerziehende stärken**

85
86 Wer von Kinderarmut spricht, darf von den besonderen Problemen Alleinerziehender nicht
87 schweigen. Alle Probleme – ob es um die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt,
88 Armutslöhne oder um die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht – spitzen
89 sich bei Alleinerziehenden besonders zu. Deshalb wird die SPD hier im Sinne von
90 Querschnittpolitik den passenden Mix aus zeitlicher Flexibilität, finanzieller Unterstützung
91 und bedarfsgerechter Infrastruktur organisieren.

92

Allgemeine Anträge

93 Wir setzen uns konkret für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für ein- bis
94 sechsjährige Kinder sowie Ganztagschulen und für Möglichkeiten der Ferienbetreuung ein.
95 Die Umsetzung des Rechtsanspruchs muss auch von Seiten des Bundes und der Länder
96 abgesichert werden.

97
98 Wir wollen eine auf Alleinerziehende spezialisierte Arbeitsberatung und -vermittlung
99 einrichten, die die Hilfsangebote vernetzt und insbesondere mit jedem Arbeits- oder
100 Qualifizierungsangebot ein passendes, bedarfsgerechtes Angebot zur Kinderbetreuung
101 verbindet.

102
103 Wir schaffen durch Teilzeitanprüfungen, die Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle und echte
104 Wiederaufstockungsrechte reale Voraussetzungen für Flexibilität und fordern auch einen
105 Bewusstseinswandel von den Arbeitgebern und Tarifpartnern ein.

106
107 Die SPD setzt sich für einen Anspruch auf Teilzeit-Ausbildung und auf ein Teilzeit-Studium
108 mit entsprechender Öffnung der BAföG-Regularien ein.

109

110

111 **6. Gute Arbeit zu fairen Bedingungen**

112

113 Die SPD tritt weiter für gute Tariflöhne und einen allgemeinen, flächendeckenden
114 Mindestlohn ein. Klar ist: Eltern mit auskömmlichem Gehalt, die auf bedarfsgerechte und
115 qualitativ gute Kinderbetreuungsangebote zugreifen können, bilden einen soliden Schutz
116 vor einer Kindheit in Armut. Durch besondere Lebenssituationen (bspw. Krankheit, Sucht)
117 können jedoch auch hier Armutsrisiken für Kinder auftreten. Dieser zentrale Ansatz ist also
118 kein Allheilmittel.

119

120

121 **7. Kommunalpolitische Aufgaben - Bündnispartner aktivieren**

122

123 Die SPD-Gliederungen vor Ort veranstalten gemeinsam mit Wohlfahrts- und
124 Sozialverbänden, dem Deutschen Kinderschutzbund und Wissenschaftler/innen ein Forum
125 zur Kindergrundsicherung und zu den kommunalpolitischen Aufgaben zur Überwindung
126 von Kinderarmut in ihrer Region.

127 Die SPD-Fraktionen in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten thematisieren die soziale
128 Segregation in den Städten und Gemeinden noch stärker. Sie machen städtische Förderung
129 in Bereichen der Kultur, Bildung, Jugendhilfe, Sport, Stadtentwicklung, Verkehr und Bau
130 auch von Anstrengungen zur Armutsbekämpfung, Teilhabesicherung und der
131 Rückentwicklung der sozialen Segregation abhängig und sorgen für eine regelmäßige
132 Überprüfung. Sie stellen klare Prioritäten der städtischen Finanzpolitik zugunsten der
133 Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge auf.

134

135

136

137

138 **Votum: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen**